

Parl. Staatssekretär Dr. Günter Krings

(A) Aber wenn es die Chance gibt, hier Menschenrechtsstandards zu heben oder erst mal einzuführen und eine Demokratisierung dieser Polizeien herbeizuführen, und wenn wir dazu gefragt werden, dann, finde ich, wäre es nicht verantwortlich – das sehen wir gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt so –, denen die kalte Schulter zu zeigen. Ich glaube, dass es schon die Chance gibt, wenn gerade Deutschland angefragt wird.

Wissen Sie, wenn die nur polizeilich noch effektiver, auch in diesem negativen Sinne, arbeiten wollen würden, würden die bestimmt nicht unser Land anfragen. Wir haben den klaren Ruf in der Welt, dass wir bei Demonstrationen eher deeskalierend wirken, dass wir solche Techniken vermitteln, dass rechtsstaatliche Grundsätze für uns ganz entscheidend sind. Wenn die Bitte an Deutschland kommt, zu helfen, gerade nach den Unruhen in Chile, die es dort vor über einem Jahr gab, und jetzt auch in Kolumbien zu helfen, sollten wir das zumindest sehr sorgfältig prüfen, auch im Interesse der Menschen dort, die von Polizeigewalt betroffen sind.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die zweite Frage.

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Danke schön. – Lassen wir mal den Ruf der deutschen Polizei –

Dr. Günter Krings, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat:

(B) Nein, den sollten wir nicht lassen; der ist eindeutig.

Heike Hänsel (DIE LINKE):

– bezüglich Demonstrationen dahingestellt. Ich möchte noch mal darauf abheben: Es ist ja keine Frage der fehlenden Ausbildung und des Trainings, sondern sowohl die Polizei in Chile als auch die in Kolumbien wurden ja gegen Demonstrierende, gegen Sozialproteste eingesetzt. Es handelt sich in Kolumbien um eine Spezialeinheit zur Aufstandsbekämpfung. Da frage ich mich allen Ernstes – es ist eine Frage der politischen Entscheidung der Regierungen in Chile und Kolumbien, wie sie Polizei gegen Demonstrierende einsetzen –,

(Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Ja, genau! Demokratisch, nicht sozialistisch, Frau Hänsel!)

wie Sie eigentlich hier zur Demokratisierung beitragen wollen, wenn das die politischen Entscheidungen sind. Hier werden Sie doch zum Erfüllungsgehilfen und zum Feigenblatt eines sehr repressiven Apparates in Chile und in Kolumbien.

(Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Wir hatten gerade ein Referendum in Chile! Super demokratisch! Unglaublich!)

Dr. Günter Krings, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe der Antwort auf Ihre erste Zusatzfrage nichts hinzuzufügen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

(C)

Ich beende die Fragestunde. – Ich danke sowohl dem Herrn Staatssekretär als auch dem Herrn Staatsminister und den weiteren Staatssekretärinnen und Staatssekretären, die zur Beantwortung bereit waren. Wir müssen entsprechend unseren Regeln verfahren. Deswegen werden die anderen Fragen bis zur Frage 74 schriftlich beantwortet.

Ich rufe den Zusatzpunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde

auf Verlangen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Haltung der Bundesregierung zur Nichtberücksichtigung der Bekämpfung von Klimakrise und des Artensterbens bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

Ich hoffe, dass ich genügend Zeit gegeben habe, um allen zu ermöglichen, die Plätze zu wechseln.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Friedrich Ostendorff für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Friedrich Ostendorff (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute Morgen besprachen wir im Agrarausschuss mit dem beeindruckenden Vorsitzenden der Zukunftskommission Landwirtschaft, Professor Strohschneider, wie wir Landwirtschaft und Erwartungen der Gesellschaft zukünftig besser zusammenführen können. Es geht um Zukunftsperspektiven, es geht um Planungssicherheit, es geht um Zuversicht für die Landwirtschaft. Es geht darum, die zahlreichen Probleme zu lösen: Begrenzung des Klimawandels und Anpassung an den Klimawandel, Schutz unseres Grundwassers, Schutz unseres Bodens, Umbau der Tierhaltung, Biodiversitätsverlust in der Agrarlandschaft, Erhalt einer vielfältigen bäuerlichen Landwirtschaft in einem lebendigen ländlichen Raum. (D)

Aber es brauchte erst das Handeln der Bundeskanzlerin unter dem Druck der Bauernproteste im vergangenen Jahr und der vielen Proteste der Zivilgesellschaft gegen die Landwirtschaftspolitik von Ihnen, der CDU/CSU, um Bäuerinnen, Bauern, Umweltverbände, NGOs, Wissenschaft endlich an einen Tisch zu bringen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eigentlich wäre es ja Ihre Aufgabe als Ministerin gewesen, Frau Klöckner, das zu bewerkstelligen. Aber Sie setzen stattdessen auf Fortsetzung der alten Klientelpolitik, mit der wir schon so lange konfrontiert sind. Keine Zukunftsperspektiven, sondern weiter wie bisher. Wer viel Fläche bewirtschaftet, dem wird weiter reichlich gegeben.

(Albert Stegemann [CDU/CSU]: Das ist nicht zutreffend! Überhaupt nicht!)

Friedrich Ostendorff

- (A) Ihre Videobotschaft an den Deutschen Bauerntag vor wenigen Tagen sprach hier Bände. Welche Arroganz gegenüber der Gesellschaft, welche Realitätsverweigerung! Anbietern der billigsten Art!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch des Abg. Kees de Vries [CDU/CSU])

Diese Ihre Politik brachte der Mecklenburger Bauer Helmut Peters im „Bericht aus Berlin“ auf den Punkt: gut organisierte Unvernunft. – Wo ist denn der von Ihnen immer wieder proklamierte Systemwechsel? Eine bewusste Irreführung der Öffentlichkeit! Reiner Etikettenschwindel!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das einzig Gute ist, dass die Medien dieses perfide Spiel, das Sie spielen, durchschaut haben. Alle Direktzahlungen – immerhin über 300 Millionen Euro Steuer-geld bis 2027 – in der EU seien,

(Zuruf der Abg. Gitta Connemann [CDU/CSU])

behaupten Sie, zukünftig an die Umsetzung von starken Umwelt- und Klimaleistungen gebunden. Mindestens 20 Prozent der Direktzahlungen, so Sie weiter, seien zukünftig an noch höhere Biodiversitäts-, Umwelt- und Klimaleistungen, die sogenannten Eco-Schemes, geknüpft. Aber wo sind denn die ambitionierten Maßnahmen? Stattdessen: Freiwilligkeit, wie immer, und Maßnahmen in schmerzfreien Dosen.

- (B) Fakt ist: 80 Prozent der Gelder werfen Sie weiterhin über die Fläche – mit minimalsten Konditionen; verloren für Klima, Umwelt und Biodiversität. Sie versuchen, uns immer wieder alten Wein in neuen Schläuchen zu verkaufen. Sie versuchen, uns Weinessig noch als Premiumwein zu verkaufen. Leider immer noch zu viel Weinkönigin und zu wenig gestaltende Ministerin.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Das ist aber billig!)

Dann Ihre „Lernphase“ – das ist ja ein neuer Begriff; den müssen wir uns jetzt merken –, die Lernphase von zwei Jahren – nach einer Übergangsphase von zwei Jahren. Wer zwei und zwei zusammenzählt, kommt auf vier weitere Jahre des Nichtstuns bis 2025.

Das Schlimmste aber ist: Die guten Ziele der Biodiversitäts- und Farm-to-Fork-Strategie, die Kommissionspräsidentin von der Leyen aufgesetzt hat, die die Landwirtschaft als einen der größten Verursacher von Klima- und Umweltproblemen benannt hat, ignorieren Sie völlig. Hören Sie doch endlich auf, den toten Gaul lebendigzureden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihnen fehlt jegliche Vision, Ihnen fehlt jegliche Strategie. Klimakrise, Klimaanpassung, Verschmutzung unseres Grundwassers, das Arten- und Insektensterben, der Umbau der Tierhaltung, der Erhalt unserer bäuerlichen Landwirtschaft: Diese Probleme müssen endlich gelöst werden.

- (C) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Albert Stegemann [CDU/CSU]: Legen Sie doch mal eine andere Platte auf, Herr Ostendorff!)

Ursula von der Leyen, EU-Kommissionspräsidentin, sagte zum Green Deal, den sie von der Dimension her als europäische Mondlandung bezeichnet: Wir brauchen 50 Prozent weniger Pestizide, wir brauchen 20 Prozent weniger Nährstoffverlust, 50 Prozent weniger Antibiotika-einsatz, einen Ausbau des Ökolandbaus auf 25 Prozent bis 2030. – Das sind die Forderungen, die die EU-Kommissionspräsidentin aufgesetzt hat; daran haben wir uns zu messen.

Wir Grüne fordern die Honorierung von starken Gemeinwohlleistungen durch eine Gemeinwohlprämie.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Grüne fordern eine starke Konditionalität. Wir fordern eine starke zweite Säule für gezielte Länderprogramme.

(Beifall des Abg. Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Frau Klöckner, hören Sie endlich auf, zu torpedieren, hören Sie endlich auf, zu spalten, hören Sie endlich auf, zu blockieren und zu verhindern! Niemand außer ein paar Ewiggestrigen applaudiert Ihnen noch. Lösen Sie endlich die Probleme!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: „Setzen, sechs“, würde ich sagen! – Weitere Zurufe von der FDP – Gitta Connemann [CDU/CSU]: Die Ministerin redet jetzt mal über Inhalte! Das ist auch gut!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Bundesministerin Julia Klöckner.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Grünen mögen eins: alte Platten, die einen Sprung haben, und einen Blick in die Vergangenheit, damit sie ihre Feindbilder hochhalten können.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Manche haben einen Sprung in der Schüssel!)

Und sie haben überhaupt kein Interesse an dem Erfolg der europäischen Agrarpolitik, weil sie dann nicht ihre alten Bilder aufrechterhalten könnten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD und der FDP – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welcher Erfolg denn?)

Deshalb kann ich Ihnen eins vorab sagen: Anscheinend hat Herr Ostendorff überhaupt nicht zugehört. Er will eine Gemeinwohlprämie. Die haben wir eingeführt – in der ersten Säule mit den Ökoregelungen.

Bundesministerin Julia Klöckner

- (A) (Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das stimmt nicht, und das wissen Sie!)

Deshalb sage ich: Das haben wir längst gemacht. Guten Morgen!

Dann sagen Sie: Wir wollen eine Konditionalität für die Direktzahlungen. – Die haben wir eingeführt; das haben wir gemacht. Da kann ich nur sagen: Guten Morgen!

Und dann kann ich Ihnen sagen: Sprechen Sie mal mit Sarah Wiener – Abgeordnete der Grünen im Europaparlament. Fast 400 000 Euro bekommt sie.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Ja, genau!
Agrarzahlungen!)

Ich glaube jetzt nicht, dass sie das bekommt, weil sie so wenig Fläche hat, sondern weil sie relativ viel Fläche hat.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Kritisieren Sie jetzt die Direktzahlungen doch? – Dr. Alexander Gauland [AfD]: Die Heuchler da drüben!)

Sie hat gewisse Bewirtschaftungsformen, und sie bekommt das Geld dafür.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Dann schaffen Sie sie doch ab, die Direktzahlungen!)

Insofern sollten Sie aufhören, in dieser Gesellschaft zu spalten zwischen guten Kleinen und schlechten Kleinen und guten Großen und schlechten Großen.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD und der FDP)

Wir haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, in der vergangenen Woche einen Durchbruch erzielt:

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Nach unten!)

Die europäische Agrarpolitik, die wird nachhaltiger, und zwar nachhaltiger für die Ernährungssicherung, für mehr Umwelt- und Klimaschutz, für die Familienbetriebe. Und wir haben den europäischen Zusammenhalt gestärkt – keine Selbstverständlichkeit in diesen Zeiten, liebe Freundinnen und Freunde. Die Grünen halten demokratisch gefundene Einigungen zwischen 27 Mitgliedstaaten für nicht erwähnenswert. Respektlos wollen sie wie eine Dampfwalze mit ihrer Sichtweise über ganz Europa fahren! Das macht Europa kaputt und einigt nicht Europa.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Einigung der Mitgliedstaaten in Luxemburg, die ist ein ganz klares Bekenntnis, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu einer bäuerlichen, zu einer familiengeführten und gleichzeitig nachhaltigen Landwirtschaft. Mit unseren Beschlüssen haben wir einen Systemwechsel eingeleitet. Warum? Weil es, lieber Herr Ostendorff, eben keinen Euro an Direktzahlungen aus Brüssel mehr gibt, der nicht an Umwelt- und Klimaschutzleistungen gebunden ist.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das hat es vorher noch nie gegeben. Das haben wir durchgesetzt. Die Landwirtschaft in Europa wird auf 100 Prozent der Fläche einen Beitrag für mehr Nachhaltigkeit leisten. Jetzt ruft Herr Ostendorff: Das sind Fake News. – Das sind News! Aber Ihnen tun die News nur weh, weil sie nicht in Ihr Weltbild passen. Deshalb kriegen Sie noch ein paar mehr News und Informationen hierzu.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Mir war es sehr wichtig, dass wir auf 100 Prozent der Fläche ein höheres Umwelt- und Klimaschutzambitionsniveau einführen werden, und zwar – das habe ich in den Verhandlungen durchgesetzt – verbindlich für alle Mitgliedstaaten. Das ist wichtig für unsere Betriebe, damit sie auf Augenhöhe sind und es zu keinen Wettbewerbsverzerrungen kommt.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Ganz richtig!)

Deshalb – das will ich auch noch mal sagen – sind unsere Vorschläge als Agrarminister Europas strenger als die GAP-Reformvorschläge der Kommission, die vorgelegt worden sind. Was wir erreicht haben, liebe Freunde, ist ein Erfolg für die Landwirte, für die Umwelt und für die Verbraucher.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das ist die Steigerungsform von „Fake News“!
Das ist das, was Sie gerade machen!)

– Weil Frau Lemke jetzt reinruft: Wir haben Ihnen auch zugehört; keiner hat reingeföhrt. Sie können es einfach nicht ertragen, wenn Ihrem Weltbild widersprochen wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihre Arroganz ist schwer zu ertragen als Bundesministerin!
Ganz schwer zu ertragen!)

– Frau Lemke, Sie waren ja nicht dabei. Ich will Ihnen nur mal sagen: Ein Mindestbudget hat die Kommission nicht vorgeschlagen. 20 Prozent verpflichtend – das hat die Kommission nicht vorgeschlagen. Und deshalb hat die Kommission uns gesagt: Wir hätten nicht geglaubt, dass Sie das verpflichtend und dann noch mit einer Prozentzahl in den frühen Morgenstunden durchkriegen. – Das ist ein Erfolg. Auch wenn es Ihnen nicht in den Kram passt: Es ist ein Erfolg: für die Umwelt und für die Landwirte.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, ein weiterer wichtiger Punkt zu Beginn, der in der Debatte häufig unter den Tisch fällt: die Leistungen der Bäuerinnen und Bauern. Herr Ostendorff hat überhaupt nicht davon gesprochen, was sie eigentlich machen. Das sind ja keine Landschaftsgärtner. Sie sorgen für die tagtägliche Ernährung von uns Verbraucherinnen und Verbrauchern – 450 Millionen Verbraucherinnen und Verbraucher in der Europäischen Union –, und das soll auch so bleiben. Deshalb sage ich: Herzlichen Dank, liebe Bäuerinnen und Bauern, für Ihren Einsatz dafür, dass wir jeden Tag etwas zu essen haben!

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf der Abg. Lisa Badum [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(C)

(D)

Bundesministerin Julia Klöckner

(A) Deshalb sind die Einkommens- und Ertragssicherung, über die Sie gar nicht reden, für unsere heimischen Bauernfamilien keine Nebensächlichkeiten. Die sind eine Voraussetzung dafür, dass unsere Tische gedeckt bleiben, und sie sind das Gegenteil von Luftschlössern und einem guten Bauchgefühl; denn davon werden Sie nicht satt. Deshalb, liebe Mitglieder der Grünenfraktion: Das, was Sie an Maximalforderungen aufstellen, darüber schütteln Praktiker den Kopf.

(Albert Stegemann [CDU/CSU]: So ist es!)

Von 100 Prozent Blühstreifen wird keiner satt. Und wenn Sie auch noch ganz auf Pflanzenschutz verzichten wollen, dann opfern Sie Ernten und Ressourcen, und das macht den CO₂-Fußabdruck schlechter.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Nicole Höchst [AfD] – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie erwarten ernsthaft, dass man Ihnen bei so was zuhört? – Gegenruf der Abg. Gitta Connemann [CDU/CSU]: Ja, das tut weh, wenn man da zuhört! – Gegenruf der Abg. Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nee! Die Wahrheit soll sie sagen, nicht von 100 Prozent Blühstreifen schwafeln!)

Und so kann ich sagen: Das, was Sie wollen, das ist keine Agrarwende. Das, was Sie wollen, ist ein Agrarende für unsere Bauern hier in Deutschland!

(Beifall bei der CDU/CSU und der AfD sowie bei Abgeordneten der FDP)

(B) Natürlich kann ich auch auf 100 Prozent Ökoregelungen für landwirtschaftliche Flächen setzen; aber dann haben wir eben keinen Platz mehr für Weizen, Gerste, Obst und Gemüse. Mit Ihren Forderungen gefährden Sie die regionale Produktion, was dazu führen würde, dass wir mehr Produkte importieren würden, auf deren Standards wir dann überhaupt keinen Einfluss mehr hätten.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist 1960, was Sie hier erzählen!)

Aber wenn wir mehr importieren würden, wären es die Gleichen, nämlich Sie, die dann den schlechten CO₂-Fußabdruck wegen des langen Transports beklagen würden.

Also: Denken Sie in Gesamtheit, und denken Sie auch darüber nach, was wir den Bauern mit diesen Beschlüssen abverlangen, aber auch darüber, was wir an nächstem Niveau erreichen. Wir wollen Ökologie, Ökonomie und soziale Fragen

(Lachen der Abg. Lisa Badum [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was?)

eben nicht gegeneinander ausspielen, sondern miteinander denken. Wir stellen das mit unseren Beschlüssen nach einem demokratischen Mehrheitsprinzip auch sicher.

(Albert Stegemann [CDU/CSU]: Genau! – Gitta Connemann [CDU/CSU]: Genau so! Demokratie tut weh!)

(C) Sonst sind Sie doch diejenigen, die immer nach Demokratie und Meinungsfreiheit rufen. Aber dass Sie noch nicht mal ertragen können, dass man Ihnen erklärt, was 27 Mitgliedstaaten beschlossen haben,

(Beifall bei der CDU/CSU – Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

das finde ich schon sehr bemerkenswert.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn Sie das wenigstens machen würden! Ist ja lächerlich, diese Rede! – Gegenruf des Abg. Albert Stegemann [CDU/CSU]: Das verdient Respekt! – Gegenruf der Abg. Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Das verdient keinen Respekt, eine solche Arroganz! Ich brauche keine Belehrungen von Ihrer Ministerin! Wirklich nicht!)

Unsere Landwirtschaft wird einen höheren Beitrag leisten, einen ambitionierten Beitrag zu Umwelt- und Klimaschutz. Man kann es so zusammenfassen: Es wird keine Leistung mehr geben ohne Gegenleistung.

Jetzt will ich mit einer Mär aufräumen, weil es den Landwirten wirklich wehtut, was die Grünen immer wieder behaupten. Sie sagen immer wieder: Es wird rein nach Fläche bezahlt. – Ich habe jetzt nicht gehört, dass Sarah Wiener auf ihre fast 400 000 Euro verzichten will. Aber ich muss die Sarah Wiener in Zukunft auch schützen.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die arme Frau!)

(D)

Es wird nicht mehr rein nach Fläche bezahlt. Vielleicht haben Sie die Unterlagen nicht gelesen. Es wird um die Bewirtschaftungsform auf diesen Flächen gehen. Wenn jemand eine ökologische Bewirtschaftungsform auf weniger Flächen betreibt, dann kriegt er auch weniger, als wenn er eine ökologische Bewirtschaftungsform auf mehr Flächen betreibt. Rechnen können Sie ja in der Regel auch. Ihr absichtlich gezeichnetes Zerrbild, das spaltet nicht nur die Bauernschaft, sondern die gesamte Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Alexander Gauland [AfD])

Deshalb sage ich: Richtig ist: Wenn jemand mehr Fläche nach klaren Umweltstandards bewirtschaftet, zum Beispiel mehr Moorschutz betreibt, Brachflächen für die Biodiversität, also nichtproduktive Flächen, anlegt,

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Märchenstunde!)

dann bekommt er auch das Geld dafür. Lehnt er das ab, dann bekommt er eben kein Geld mehr dafür.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Genau so!)

Das gilt im Übrigen für konventionell wie ökologisch Wirtschaftende.

Die Mär, dass die Kleinen benachteiligt werden, ist auch falsch. Wir sichten mit einer Umschichtungsprämie sogar Geld um: Von den Großen nehmen wir etwas weg, um es den Kleinen zu geben. Und die Mär, dass die

Bundesministerin Julia Klöckner

(A) ökologisch Wirtschaftenden benachteiligt werden, ist auch falsch. Das Gegenteil ist der Fall: Sie bekommen genauso die Direktzahlungen, sie bekommen eine Umstellungsprämie, sie bekommen eine Beibehaltungsprämie. Ich finde, das sollten wir auch noch mal deutlich sagen.

Insofern sage ich hier ganz klar: Zusätzlich zu dieser Basislinie sind 100 Prozent der Direktzahlungen jetzt an Bedingungen geknüpft – „Konditionalität“, Herr Ostendorff. Jetzt kommen wir zur Gemeinwohlprämie, und das sind die 20 Prozent. Das macht für Deutschland 1 Milliarde Euro mehr aus – jedes Jahr. Und da sagen Sie, es sei ein Rückschritt. Da muss ich sagen: Dann haben Sie Ihre Orientierung verloren. Das kann ich so wirklich nicht stehen lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das will ich abschließend sagen: Wir setzen den Geist des Green Deal mit der neuen GAP um. Warum? Weil wir den Green Deal ernst genommen haben. Natürlich ist es eine Vision. Kommissarin Kyriakides hat sehr deutlich gesagt: Wir haben noch keine Folgenabschätzung. Wir haben noch keine Benchmark. – Wollen Sie wirklich, Herr Ostendorff, dass wir in die GAP minus 50 Prozent Pflanzenschutzmitteleinsatz, minus 20 Prozent Düngemittel geschrieben hätten? Ist das Ihr Ernst?

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was sagt denn die Kommissionspräsidentin?)

(B) Wir in Deutschland setzen gerade die Düngeverordnung mit minus 20 Prozent um. Sie als Bauer werden doch wohl nicht sagen: Jetzt noch mal minus 20 Prozent draufsetzen. – Farm to Fork ist ein Teil von Green Deal; aber die GAP ist ein Instrument, um den Geist umzusetzen.

(Zuruf der Abg. Lisa Badum [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Green Deal hat ganz klar vorgehabt, dass die 40 Prozent, die die GAP am EU-Haushalt ausmacht, dazu beitragen, mehr Umwelt- und Klimaschutz zu erreichen. Ich kann sagen: Wir haben geliefert.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deshalb werden wir das in den nationalen Strategieplänen umsetzen, die wir mit den Ländern zusammen erarbeiten werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Während das Pult gesäubert wird, wofür ich natürlich danke, halte ich der guten Ordnung halber, Frau Ministerin, fest, dass die Anrede garantiert der gewissen Aufregung hier in der Debatte geschuldet war – aber gleiches Recht für alle. Wir halten es so fest. Danke.

(Julia Klöckner, Bundesministerin: Ich war noch bei der Weinkönigin, weil der Herr Ostendorff so großen Wert darauf legt!)

– Okay. – Das Wort hat der Abgeordnete Andreas Bleck für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

(C)

Andreas Bleck (AfD):

Werte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Landwirtschaftsminister in der Europäischen Union haben sich auf eine allgemeine Ausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik verständigt. Die Verhandlungen zwischen der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat laufen noch.

Nun nutzen die Grünen die Gunst der Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag, um die Landwirtschaft als eines ihrer Feindbilder zu pflegen. Die Landwirtschaft soll mehr Verbraucherschutz, mehr Tierschutz, mehr Umweltschutz, mehr Naturschutz leisten.

(Niema Movassat [DIE LINKE]: Ja, das wär' doch schön! – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Wollen Sie das nicht?)

Sie soll weniger Dünger und weniger Pestizide verwenden sowie weniger landwirtschaftliche Fläche nutzen. Und sie soll gleichzeitig auch gesunde und hochwertige Lebensmittel im harten inner- und außereuropäischen Wettbewerb erzeugen. Werte Kolleginnen und Kollegen der Grünen und auch der Linken – man hört das an den Zwischenrufen –: Die Landwirtschaft ist keine eierlegende Wollmilchsau, um das mal ganz deutlich zu sagen.

(Beifall bei der AfD)

In Ihrem ideologisch motivierten Kreuzzug gegen die konventionelle Landwirtschaft (D)

(Zurufe der Abg. Ulli Nissen [SPD] und Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

verlangen Sie ihr alles ab und gestehen ihr nichts zu. Damit sind Sie die Totengräber unserer Bauern.

(Beifall bei der AfD – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: So ein Unsinn!)

Allerdings wurde dieses Feld ja vorher durchaus eifrig auch von den Christdemokraten und den Sozialdemokraten beackert. Obwohl die Erzeugerpreise zu niedrig sind, treibt die Bundesregierung mit ihren Auflagen und ihrer Bürokratie die Erzeugerkosten in die Höhe. Des Weiteren machte die Bundesregierung vor der Europäischen Kommission den Kotau, als es um die Überschreitung der Nitratwerte ging. So wurde die Düngemittelverordnung ein weiteres Mal zulasten unserer Bauern verschärft. Man hat die Ergebnisse und die Auswirkungen nicht abgewartet. Vor diesen Hintergründen solidarisiert sich die AfD auch mit den Bauernprotesten.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Das haben die Bauern nicht verdient!)

Bereits Zehntausende landwirtschaftliche Betriebe wurden durch die Bundesregierung zerstört. Damit muss endlich Schluss sein!

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abg. Ulli Nissen [SPD])

Andreas Bleck

- (A) Die Bundesregierung hat genauso wie Sie großen Schaden an den landwirtschaftlichen Betrieben verursacht. Da sollten Sie sich mal hinterfragen, statt solch unqualifizierte Zwischenrufe hier zu machen.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Sagt jemand, der noch nie im Ausschuss war!)

Die Bauern haben kein Verständnis mehr für das Verantwortungspingpong zwischen der Landwirtschaftsministerin und der Umweltministerin. Sie haben auch kein Verständnis mehr für die leeren Versprechungen der Bundesregierung.

Dass Deutschland mit einem Anteil von nur 2 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen kaum einen Einfluss auf das Klima hat – egal. Dass Hunderttausende Existenzen in der Automobilindustrie und Landwirtschaft zerstört werden – Kollateralschaden. Denn die Greta-Sekte und die Grünenkobelde betrachten jeden, der beim Dogma des menschengemachten Klimawandels auf die Angemessenheit und die Verhältnismäßigkeit verweist, als Ketzer. Da knickt die Bundesregierung lieber ein und läuft dem Götzen Klimaschutz blind hinterher.

(Beifall bei der AfD)

Während Deutschland seine Energiewirtschaft und Landwirtschaft also auf dem Altar des Klimaschutzes opfert, werden in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern unzählige Kohlekraftwerke gebaut und landwirtschaftliche Flächen erweitert.

- (B) Doch gehen wir einmal eine Sekunde davon aus, die Schwellen- und Entwicklungsländer würden sich tatsächlich an unserer energie- und landwirtschaftspolitischen Geisterfahrt beteiligen. Wie soll dann eigentlich die Ernährung der Weltbevölkerung sichergestellt werden? – Die Europäische Kommission möchte mit ihrer Biodiversitätsstrategie bis 2030 30 Prozent der Land- und Meeresflächen schützen, 10 Prozent sogar streng schützen. Darüber hinaus will sie den Einsatz von Dünger und Pestiziden stark einschränken. Das bedeutet: Weniger landwirtschaftliche Fläche soll weniger intensiv bewirtschaftet werden. Dadurch kommt es zu einer Reduzierung der Lebensmittelerzeugung.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Sie hätten sich mal an landwirtschaftlichen Debatten beteiligen sollen!)

Doch bis 2050 wird sich die weltweite Nachfrage nach Lebensmitteln verdoppeln.

(Zuruf des Abg. Carsten Träger [SPD])

Ja, werte Kolleginnen und Kollegen, die AfD ist die einzige Fraktion, die den Elefanten in diesem Raum sieht, nämlich die rasante Explosion der Weltbevölkerung.

(Beifall bei der AfD – Ulli Nissen [SPD]: Mit Ihnen sterben die Elefanten sowieso aus!)

Dieses Thema meiden Sie aus politischer Korrektheit wie der Teufel das Weihwasser.

(Zuruf der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(C) Es ist jedoch unverantwortlich, national und international auf die Reduzierung der Lebensmittelerzeugung hinzuwirken und nichts gegen die rasante Bevölkerungsentwicklung zu unternehmen. Hier wären mehr Aufrichtigkeit und mehr Ehrlichkeit dringend angebracht.

Die AfD möchte die Landwirtschaftspolitik also vom Kopf auf die Füße stellen. Nicht der Klimaschutz, sondern die Ernährungssicherheit muss an erster Stelle stehen. Eine intakte und nachhaltige Landwirtschaft liegt im Interesse unseres Landes und unserer Bürger. Denn wir wollen auch unabhängiger von Lebensmittelimporten werden. Unsere Bauern gehen nämlich besser mit der Umwelt und Natur um

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Das sind nicht eure Bauern!)

als die meisten Bauern in anderen Staaten. Sie haben also Respekt und Wertschätzung verdient. Sie erzeugen unser tägliches Brot, und das ist gesund und hochwertig. Dafür sagt die AfD Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die SPD-Fraktion hat nun Dr. Matthias Miersch das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Matthias Miersch (SPD):

(D) Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Agrarpolitik ist ein weites und ein komplexes Feld. Frau Bundesministerin, ich kann mir schon vorstellen, welche Herkulesaufgabe vor Ihnen lag, als Sie die unterschiedlichsten Interessen innerhalb der Europäischen Union, auch bei dieser Konferenz, gespürt haben. Wir haben nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa eine völlig unterschiedlich strukturierte Landwirtschaft. Deswegen, glaube ich, geht das alles auch nur auf dem Kompromisswege, und ich bin auch immer vorsichtig, den Kompromiss als solchen zu kritisieren. Aber ich erwarte, dass wir sehr deutlich artikulieren, ob es ein Kompromiss ist, von dem wir sagen: „Das ist super, das ist der Paradigmenwechsel“, oder ob es ein Kompromiss ist, von dem wir sagen: Das reicht schlichtweg nicht; und wir müssen im weiteren Verfahren viel mehr rausholen. – Dafür ist die SPD-Bundestagsfraktion, liebe Kollegin Klöckner.

(Beifall bei der SPD)

Denn eines ist doch klar – wir erleben es seit Jahrzehnten –: Dieses System ist krank. Wir überfordern die Landwirte, wir überfordern die Tiere, wir überfordern den Boden. Wir haben in Deutschland doch in den letzten Jahren erlebt, dass die bäuerlichen Betriebe, von denen Sie sprechen, in die Knie gegangen sind, dass sie längst mit international tätigen Agrarkonzernen konkurrieren müssen.

Wenn man ein System als Schlüssel nimmt, dann sind doch die Steuergelder die Stellschraube, die wir einsetzen. Wir reden hier über den größten Anteil an Subventionen im europäischen Haushalt. Ein Drittel der Steuergelder gehen in die Landwirtschaft. Hier muss man doch

Dr. Matthias Miersch

- (A) sagen: Wenn öffentliche Gelder gezahlt werden, dann müssen öffentliche Güter geschützt werden. Das muss der oberste Grundsatz sein.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Denn eines ist doch klar: Wenn wir uns hier nach langem Ringen während der letzten zweieinhalb Jahre jetzt auf den Weg machen und wir beispielsweise auch die Arbeitsergebnisse der Borchert-Kommission in Gesetze gießen wollen – mehr Tierwohl –, dann stehen wir doch vor einem Riesenproblem: Wenn wir die Stellschrauben hier national setzen, aber eine europäische Förderkulisse haben, die nicht am Tierwohl, die nicht am Klimaschutz im weiten Sinne orientiert ist, dann kriegen wir eine Wettbewerbsverzerrung. Dieses Ergebnis können wir doch nicht gutheißen, wenn wir darüber hier im Deutschen Bundestag diskutieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Um ein paar Zeugen anzuführen, dass das eben nicht der Paradigmenwechsel ist, dass es nicht ausreichend ist: Ihr eigener Wissenschaftlicher Beirat kritisiert doch dieses Ergebnis, weil dessen Mitglieder genau diese Kritik teilen, weil sie sehen, es ist nicht der Paradigmenwechsel, es geht immer noch nach dem Immer-höher, Immer-weiter, was letztlich in eine Sackgasse führt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Dieser Wissenschaftliche Beirat kritisiert Sie. Und selbst die Kommission sagt: Das, was wir mit Green Deal gemeint haben, wird nicht in diesem wichtigen Haushaltsposten abgebildet.

Deswegen: Wer auch deutsche Landwirtschaft, wer bäuerliche Landwirtschaft wirklich schützen will, der muss diesem Immer-höher, Immer-weiter Grenzen setzen, indem er erstens die öffentlichen Gelder nach öffentlichen Gütern verteilt und zweitens – das will ich hier auch noch einmal sagen – neben den Landwirten, neben Tieren, neben Boden auch betrachtet, was augenblicklich in Deutschland los ist, beispielsweise wenn es um die Ausbeutung in der Fleischindustrie geht. Auch hier brauchen wir Gesetze, auch hier brauchen wir einen klaren Rahmen. Das will ich an dieser Stelle noch mal deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der
Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

Deswegen: Wer sich hierhin stellt und sagt: „Das ist der große Wurf“,

(Kees de Vries [CDU/CSU]: Hat völlig recht!)

der hat eben gerade nicht recht, sondern riskiert,

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Diskutiert das doch in der Koalition!)

dass er den Landwirten weiter etwas vormacht. Und Herr de Vries, Sie selbst kommen doch bei der Landwirtschaft längst unter Druck, weil es viel zu offenkundig ist, weil

- der normale bäuerliche Betrieb doch spürt, dass Sie etwas vormachen, was nicht stimmt. Die Realität sieht doch anders aus. (C)

Und deswegen: Bitte lassen Sie uns im Trilogverfahren, was sich jetzt anschließt, an der Seite der Kommission kämpfen. Es muss wirklich noch viel, viel mehr Schutz öffentlicher Güter in dieses System hinein. Dieser Schutz ist wichtig, und wir dürfen Steuergelder nicht so pauschal ausgeben, wie es augenblicklich in einem der wichtigsten Haushaltsgebiete für die nächsten Jahre wieder angelegt ist. Es braucht eine Änderung, wenn wir auch die deutsche bäuerliche Landwirtschaft tatsächlich in diesem großen Konzert schützen und weiterentwickeln wollen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war jetzt eine starke Gegenrede gegen Frau Klöckner! – Zuruf von der FDP: So viel Inhaltsleere in einer Rede!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die FDP-Fraktion hat nun die Kollegin Carina Konrad das Wort.

(Beifall bei der FDP)

Carina Konrad (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Klöckner! Liebe Kollegen von den Grünen, Ihre Politik und das, was Sie hier heute wieder zum Besten gegeben haben, das setzt die Landwirtschaft auf die rote Liste der bedrohten Arten. (D)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]: Wer denn jetzt? Frau Klöckner
oder wir?)

Genau vor zwei Jahren wurde hier im Rahmen einer Aktuellen Stunde schon mal auf Ihren Antrag hin über die Agrarpolitik diskutiert, und Sie haben seinerzeit die Pläne der Bundesregierung als Silodenken kritisiert.

(Zuruf des Abg. Harald Ebner [BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN])

Sie glauben, dass man Ihre ideologischen Vorstellungen von einer Ökologisierung der Landwirtschaft

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dem Rest der EU einfach so überstülpen kann.

Doch was ist denn da letzte Woche tatsächlich beschlossen worden? Es lohnt sich, sich damit wirklich auch inhaltlich auseinanderzusetzen. Es ist ein Kompromiss, den der Rat und das Parlament da getroffen haben, und er wird dazu führen, dass künftig 20 bis 30 Prozent der Gelder an zusätzliche Ökomaßnahmen gebunden werden. Die Landwirtschaft wird damit nachhaltiger – noch nachhaltiger, als sie es jetzt schon ist –, und das, obwohl es auch eine breite Front dagegen gegeben hat, gerade aus Osteuropa. Das muss ja auch mal gesagt werden.

Carina Konrad

(A) Sie müssten Julia Klöckner eigentlich dafür zujubeln, was sie da erreicht hat. Julia Klöckner hat Ihre Agrarwende eingeleitet,

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

um das mal ganz deutlich zu sagen.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann müssten Sie das Ganze aber kritisieren, wenn das stimmen würde! Das ist unlogisch!)

Und sie hat damit – aber es fällt Ihnen ein bisschen schwer, das zuzugeben – Ihre Politik schlichtweg überflüssig gemacht.

Und jetzt sagen Sie hier wieder, es sei ein Etikettenschwindel, und beharren weiter auf Maximalforderungen. Selbst wenn 100 Prozent irgendwie aus der Produktion genommen werden, reicht das scheinbar nicht mehr aus. Was wollen Sie eigentlich den Landwirten da draußen erzählen? Was ist denn Ihr Angebot, das Sie machen?

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dass Sie logischer argumentieren!)

Sie können nicht verstehen, was da heute Morgen passiert ist, das ist mir klar; denn in dem Moment, als Julia Klöckner heute Morgen im Agrarausschuss erklärt hat, was da verhandelt wurde, hat Frau Künast den Ausschusssitzungssaal verlassen.

(Julia Klöckner, Bundesministerin: Stimmt!)

(B) Und als Frau Klöckner mit ihren Ausführungen fertig war, haben Sie den Ausschusssitzungssaal mit Ihrem Kaffee und Ihren belegten Brötchen wieder betreten.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Hört! Hört!)

Dass Sie dann nicht mitbekommen, was da inhaltlich gelaufen ist, das kann ich verstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ein Niveau hier! Geht es um Inhalte, oder was?)

Jetzt muss es die Aufgabe sein, den Deal zu gestalten, der da ausgehandelt wurde.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deals kann man nicht gestalten! Das sind Deals!)

Und er muss so gestaltet werden, dass die deutschen Landwirte davon profitieren und nicht weiter zerstört werden. Dafür stehen wir Freie Demokraten. Wir setzen uns dafür ein, dass es jetzt innerhalb der Europäischen Union keine weiteren Wettbewerbsverzerrungen mehr geben darf.

(Beifall bei der FDP)

Herr Habeck hat ja gesagt, ihm reichen die Beschlüsse hinten und vorn nicht aus;

(Zuruf der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

diese Beschlüsse würden den Bäuerinnen und Bauern ja keine weitere Sicherheit geben. Damit hat er ja gar nicht so unrecht. Denn schon jetzt haben wir doch das Problem,

(C) dass über die Hälfte der Einkommen der Landwirte aus Direktzahlungen kommen. Die Zahlungen sind nun mal im Moment für die Landwirte essenziell, und das darf so nicht weitergehen. Wir müssen die Landwirte doch von diesen Zahlungen unabhängiger machen und nicht abhängiger.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Machen Sie mal!)

Ohne eine funktionierende Landwirtschaft funktionieren auch ländliche Räume nicht. Wer starke Dörfer will, der braucht auch starke Landwirte. Dafür hängt doch viel zu viel da dran. Das erlebe ich doch tagtäglich. In Rheinland-Pfalz, von wo ich komme, sind es die Landwirte, die ländliche Räume gestalten, die Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, die ein Teil vom Wirtschaftskreislauf sind.

Aber wo sind Sie denn? Wenn es konkret wird, äußern Sie nur Frechheiten und blöde Vorschläge. Hier muss man sich als Landwirt anhören, dass die Landwirte schuld seien an der Coronapandemie,

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kriegen Sie sich mal wieder ein!)

dass die Landwirte an der Umweltzerstörung schuld seien. Das kommt alles aus Ihren Reihen. Was ist denn da der aktive Beitrag zu einer Fortgestaltung der Landwirtschaft? Das frage ich mich wirklich.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Reden Sie mal mit Frau Höfken! Die erklärt Ihnen das!)

(D) Und Herr Miersch, auch Sie haben offensichtlich nicht verstanden – für Frau Schulte gilt das gleichermaßen –, was da eigentlich verhandelt wurde.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Was genau wollten Sie uns denn eben sagen? Was ist denn da konkret verhandelt worden? Wo sind denn Ihre Antworten darauf, wenn es konkret wird?

(Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Das ist eine berechtigte Frage!)

Herr Ostendorff, welche Antwort geben Sie denn den Bauern,

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Geben Sie doch einmal Ihre Antworten!)

die jetzt vor der Entscheidung stehen, ob sie weiter investieren sollen oder ob sie mit dem Betrieb aufhören?

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Allmählich können Sie damit aufhören!)

Wie soll denn mehr Nachhaltigkeit realisiert, mehr Umweltschutz umgesetzt werden, wenn man sich verweigert, neue Technologien nutzbar zu machen? Wie sollen denn Pflanzenschutzmittel reduziert werden ohne Ertragsverluste? – Haben Sie mal eine Antwort auf solch eine Frage gegeben? Das habe ich die letzten drei Jahre hier nicht erlebt.

Carina Konrad

- (A) (Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja! Ich schicke Ihnen einmal unser Papier! Lesen bildet!)

Wie kann es denn umgesetzt werden, dass zum Beispiel Drohnen im Steillagenweinbau eingesetzt werden können, um dort Pflanzenschutzmittel auszubringen? Da müssen jetzt Verordnungen endlich mal angepasst werden, damit man auf Hubschrauberspritzungen verzichten kann. Machen Sie doch mal Vorschläge! Wenn es konkret wird, kommen hier nur die alten Schlagworte, aber es kommt nichts Konkretes.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir waren in dieser Woche vom „Gläsernen Labor“ eingeladen und haben die Genschere CRISPR/Cas9 live ausprobiert. Da war kein Kollege von den Grünen dabei.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wo sind Sie denn, wenn es konkret wird?

(Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Die waren Kaffee trinken und Brötchen holen!)

Wir Freie Demokraten kämpfen für echte Lösungen. Ein guter Betriebsleiter muss in Zukunft selbst entscheiden können, wie viel Fläche er bewirtschaftet, wie viele Tiere er hält, und er muss auch selbst entscheiden können, auf welche Art und Weise er seine Flächen bewirtschaftet und sein Vieh hält. Klar muss nur sein: Wenn er sich an die Regeln hält, dann hat er unsere Unterstützung verdient, und dann hat er es auch verdient, dass man unnötige bürokratische Hürden aus dem Weg räumt und nicht ständig weiter die Axt an die deutsche Landwirtschaft anlegt. Damit muss jetzt endlich mal Schluss sein!

- (B)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Die Linke hat nun Dr. Kirsten Tackmann das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In dieser Aktuellen Stunde geht es um die Entscheidungen des EU-Agrarrates sowie des Europäischen Parlaments in der vergangenen Woche, konkret um die Verteilungsregeln für die Agrarförderung in der kommenden Haushaltsperiode.

Ich bin, ehrlich gesagt, bei der Bewertung hin- und hergerissen. Ja, die Linke wollte und will, dass generell öffentliche Gelder an öffentliche Leistungen gebunden sind, zum Beispiel über eine wirkliche Gemeinwohlprämie. Dass dies beim bisherigen System der Flächenprämien nicht gegeben ist, ist ja unterdessen wissenschaftlich belegt. Wer deshalb aber die komplette Abschaffung der Flächenprämien fordert, riskiert, dass das Geld dann ganz weg ist, weil es schließlich auch noch andere Begehrlichkeiten gibt. Deswegen wollen wir, dass nicht mehr Fläche allein, sondern eine am Gemeinwohl orientierte Bewirtschaftung der Fläche gefördert wird.

(Beifall bei der LINKEN)

(C)

Dazu wäre aber ein Paradigmenwechsel dringend notwendig gewesen, und zwar dringend. Der ist leider ausgeblieben. So aber wird das Geld nicht reichen für den dringend notwendigen Schutz des Klimas, der biologischen Vielfalt, des Bodens, der Gewässer und der Luft. Damit wird bis 2027 wirklich zu wenig geleistet. Und das kann uns allen teuer zu stehen kommen, übrigens auch der Landwirtschaft selbst. Und das ist ein fatales Zeichen.

Andererseits ist aber auch die Blockade gegen jede Veränderung gescheitert. Das ist das Ergebnis des Drucks der alltäglich erlebbaren Veränderungen wie zum Beispiel Dürre oder Insektenschwund, aber auch des politischen Drucks der progressiven Kräfte in dieser Gesellschaft. Wir sollten doch trotz aller Enttäuschung über das Ergebnis unsere eigene Kraft, für Veränderungen zu sorgen, nicht kleiner reden, als sie ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Zumal der Kampf jetzt dringend weitergehen muss.

Meine größte Sorge ist, dass die Fördermittel eben wieder nicht vor allem dort ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Der Schutz des Klimas, der biologischen Vielfalt usw. ist doch zunächst was Abstraktes. Umsetzen müssen die Maßnahmen die Agrarbetriebe. Deshalb müssen sie unsere Verbündeten sein oder werden. Von meiner Agrardialogtour weiß ich, dass auch immer mehr dazu bereit sind.

Nur – und jetzt komme ich zu einem blinden Fleck in der Diskussion –, wir haben es ja nicht nur mit einer Klimakrise und einer ökologischen Krise in der Landwirtschaft zu tun, sondern auch mit einer veritablen sozialen Krise. Viele Betriebe stehen doch mit dem Rücken an der Wand. Die eigentlichen Profiteure der aktuellen Agrarförderungen sitzen doch eher in den Konzernzentralen von Tönnies, Aldi und Co oder in den Büros von Bodenspekulanten und landwirtschaftsfremden Investoren.

(D)

Wenn wir also neues Denken für eine am Gemeinwohl orientierte Landwirtschaft dringend brauchen, so müssen doch die Agrarbetriebe von den Fördermitteln profitieren, die unsere Verbündeten sind oder sein wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist doch schon in der aktuellen Förderperiode nicht so. Und ob das künftig so sein wird, ist zumindest zu bezweifeln. Dabei geht es auch nicht nur um öko oder konventionell. Denn wir brauchen eine Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn dafür aber nicht unverzüglich die Weichen gestellt werden, auch über Fördermittel, werden uns unsere Kinder und Enkel fragen: Warum habt ihr damals nichts getan oder zu wenig? – Und das vollkommen zu Recht.

Aber wir sollten in den Debatten zur Agrarförderung auch die deutsche Brille absetzen. Zum Beispiel kann ich mich als Ostdeutsche noch sehr gut an Obst und Gemüse aus Bulgarien erinnern. Wenn die dortige Landwirtschaft aber mit dem spanischen Almeria konkurrieren muss, wo

Dr. Kirsten Tackmann

- (A) ganze Regionen unter Folienzelten verschwinden und Saisonarbeitende ausgebeutet werden, läuft doch was schief in der EU.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch diese sozialen und ökologischen Konflikte müssen endlich gelöst werden.

Dass die aktuelle Agrarförderung oft an Frauen vorbeigeht, ist doch ein weiterer blinder Fleck in der aktuellen Diskussion.

Aber mit einer Illusion möchte ich auch aufräumen: Selbst die beste Agrarförderung wird die Fehler im System höchstens lindern. Agrarpolitik und Agrarförderung müssen doch endlich die ortsansässigen, mit der Natur wirtschaftenden Agrarbetriebe sichern statt die Profite von Konzernen.

(Beifall bei der LINKEN)

Was passiert denn, wenn jetzt Agrarbetriebe aufgeben müssen? Ihre Flächen gehen doch eher nicht an den Ökobetrieb oder den Junglandwirt in der Nachbarschaft. Sie gehen meistbietend an Agrarholdings und Bodenspekulanten. Und das müssen wir verhindern!

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das findet zwar im Osten statt, aber die meisten Agrarholdings haben ihren Sitz in Westdeutschland. Deshalb geht es nicht um Familienbetrieb oder Genossenschaft, sondern um ortsansässige und nachhaltige Landwirtschaft gegen landwirtschaftsfremdes Kapital. Die Linke ist da ganz klar positioniert.

(B)

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun die Kollegin Renate Künast das Wort.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, ich persönlich bin weit davon entfernt, irgendetwas schönzureden hinsichtlich der Abläufe, die es normalerweise auf Agrarräten gibt, schon gar nicht bei solchen großen Aufgaben. Ich habe dort auch einmal vier wunderbare Wochen meines Lebens verbracht – mit dem minimalsten Schlafaufwand. Und trotzdem will ich Ihnen sagen: Ich fand Ihre Reaktion hier nicht gut. Auch bei Kritik sollte man als Ministerin nicht die Nerven verlieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben dreimal Sarah Wiener angesprochen. Das sollte eigentlich unter Ihrer Würde sein. Das wäre ungefähr so, als wenn wir jetzt anfangen würden, bei den Herren Kees de Vries oder von der Marwitz nachzurechnen, wie viel ihre bäuerlichen Betriebe bekommen.

(Julia Klöckner, Bundesministerin: Das ist doch öffentlich!)

– Ja, das ist alles öffentlich. Aber ich weiß nicht, was Ihr Hinweis auf Sarah Wiener an dieser Stelle sollte, zumal Sarah Wiener bei dem Beschluss im Europaparlament immerhin anders abgestimmt hat. Sie hat nämlich eine andere Vorstellung, deren Umsetzung auch für Frau Wiener weniger Geld bedeuten würde. Also, ich weiß nicht, warum man Leute dissen muss.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gitta Connemann [CDU/CSU]: Sie dissen Tag für Tag die Bauern! Das ist dann in Ordnung, oder was?)

Ich weiß auch nicht, was Dampfwalzen mit diesem Thema zu tun haben. Wir sollten an dieser Stelle vielleicht doch besser gucken, was eigentlich ganz konkret die Aufgabe ist, die Landwirtschaft hat. Sind es wirklich die bäuerlichen Betriebe, die von dem Ergebnis, das vom Agrarrat und auch vom Europaparlament vorgelegt wurde, profitieren? Ich sehe das nicht, und viele andere sehen das auch nicht, meine Damen und Herren.

Die Konditionen sind zu dünn. Die Eco-Schemes machen ein paar Prozente aus, sind aber dann noch zeitlich aufgeschoben. Wir wissen alle miteinander, dass das, was bisher vereinbart ist, erstens viel zu dünn ist und zweitens noch des Lobbyismus harrt, der versuchen wird, es weiter aufzuweichen, meine Damen und Herren.

Heute früh – es ist schon einmal angesprochen worden – hatten wir im Agrarausschuss Herrn Strohschneider, den Vorsitzenden der Zukunftskommission Landwirtschaft, zu Gast. Dort rauft man sich jetzt die Haare und fragt sich, was man mit dem Ergebnis eigentlich machen soll, wenn für die nächsten sieben Jahre so etwas festgelegt ist. Wie soll die Kommission jetzt tatsächlich Vorschläge für eine andere Landwirtschaft machen, meine Damen und Herren? Er hat uns berichtet, dass sie sich ernsthaft darum kümmern wollen, eine nachhaltige Landwirtschaft zu entwerfen, die ökologisch und ökonomisch tragfähig und gesellschaftlich akzeptiert ist. Ich kann Ihnen sagen: Das, was jetzt vom Agrarrat und vom EP vorliegt, wird diese gesellschaftliche Tragfähigkeit garantiert nicht herstellen,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

schon gar nicht bei den jungen Menschen, meine Damen und Herren.

Und da braucht man auch keine Witze über 100 Prozent Blühstreifen zu machen, meine Damen und Herren. Umgekehrt: Keiner will 100 Prozent Blühstreifen; aber so ein bisschen Blühstreifen, für den man jedes Jahr Geld bekommt, verändert das Ökosystem und die Artenvielfalt, die die Bauern ja auch brauchen, meines Erachtens nicht. Hätten Sie sich mal angehört, welche sehr grundsätzlichen Fragen Herr Strohschneider für die Kommission gestellt hat, die ich und viele andere richtig fanden!

Sie haben den Green Deal und Farm to Fork als Vision bezeichnet und dann begründet: Auch die Kommission hat es gesagt. – Man sollte sich hier aber nicht mit der Kommission rausreden. Die Kommissionspräsidentin hat quasi an dem Satz von Kennedy angedockt, der lautete: „We choose to go to the moon in this decade ...“ Das sollte heißen, dass man sich die nächsten zehn Jahre wirklich anstrengen wollte, um auf den Mond zu kom-

(C)

(D)

Renate Künast

- (A) men und sicher von dort wieder zurückzukommen. Übertragen auf die Agrarratsbeschlüsse sage ich aber: Die Rakete ist entweder gar nicht gestartet oder direkt in einem Dürregebiet in Brandenburg gelandet, weil sich nämlich nichts verändert, meine Damen und Herren.

Ziel unserer Bemühungen muss es doch sein – und das wird hier in den Beschlüssen gar nicht umgesetzt, meine Damen und Herren! –, wirklich resiliente Agrar- und Ernährungssysteme aufzulegen, also widerstandsfähige Systeme, die Naturschutz, Klimaschutz, Wasserhaltefähigkeit der Region miteinander verbinden. Es handelt sich nicht um irgendwelche netten Wünsche einiger Städterinnen und Städter, sondern es geht um die Lebensgrundlage bäuerlicher Betriebe, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier liefert die Vorlage im wahrsten Sinne des Wortes so gut wie gar nichts, meine Damen und Herren. Sie liefert lauter dünne Regelungen. Ich kann Ihnen an der Stelle nur sagen: Unser Leitsatz sollte sein, dass wir diese öffentlichen Interessen realisieren, dass wir öffentliche Interessen ausgeben, dass wir in der Landwirtschaft mit den Milliarden, die wir ausgeben, wirklich einen Systemwechsel erreichen. Dazu müssen wir grundsätzliche Fragen stellen. Sie lauten an der Stelle: Wie können Landwirtschaft, Ernährungssysteme und Umweltpolitik zueinanderkommen, da allein das zukunftsträchtig ist? Wie kommen wir endlich zu Qualität statt Menge? Wie kommen wir zu Prozessqualität? Wie expandieren wir nicht immer weiter? Wie bauen wir resiliente Diversität auf? Wie sorgen wir dafür, dass wir die Kosten nicht externalisieren? Das meine ich nicht als Angriff auf die Landwirte. Vielmehr hat diese gesamte Gesellschaft ein falsches System aufgelegt, für das wir jetzt alle zusammen tapfer eine Veränderung erkämpfen wollen, meine Damen und Herren.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Künast, achten Sie auf die Zeit.

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Letzter Satz. – Heute früh – um das mal bildhaft zu machen – wurden dann sogar Fragen gestellt wie: Warum machen wir eigentlich diese Art von Exportpolitik? Warum sind wir Schweineexporteure in einem Land mit der größten Bevölkerungsdichte, meine Damen und Herren? Nein, was wir jetzt brauchen, ist eine Kommission, die nachschärft.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Und einen Punkt.

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wir brauchen ein System, das Klima, Artenvielfalt und Landwirte wirklich schützt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat nun der Kollege Albert Stegemann das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Albert Stegemann (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Die Situation – das klang schon einige Male an – war unmittelbar vor dem Agrarrat wirklich sehr, sehr schwierig. Kein Wunder: Denn die Interessen der EU-Mitgliedstaaten in der Agrarpolitik sind sehr verschieden. Zudem sind die Agrarstrukturen in der EU äußerst heterogen und nicht miteinander zu vergleichen. Deshalb war es gut, dass unsere Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft die Verhandlungen geführt hat. Ehrlich gesagt, habe ich schon gar nicht mehr mit einer Einigung gerechnet.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Ja!)

Umso mehr freue ich mich über die Einigung und auch über das, was erreicht wurde.

Deswegen noch mal mein ganz herzlicher Dank: Liebe Julia Klöckner, vielen Dank für dein Engagement, für dein Verhandlungsgeschick, aber auch dafür, dass du als glühende Europäerin dafür gekämpft hast, Europa zusammenzuhalten; damit war nicht zu rechnen. Deswegen noch mal: Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Weil das ein so großartiger Erfolg ist, will ich an dieser Stelle auch sagen: Friedrich Ostendorff hat in diesem Zusammenhang gesprochen von „zu viel Weinkönigin, zu wenig gestaltende Ministerin“. Also, ich muss ehrlich sagen: So einen Anflug von Sexismus

(Dr. Alexander Gauland [AfD]: Völlig richtig!)

hätte ich mir vielleicht von der einen oder anderen Fraktion vorstellen können; aber von den Grünen hätte ich das, ehrlich gesagt, nicht erwartet.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD und der FDP – Dr. Alexander Gauland [AfD]: Aber so sind sie, die Heuchler!)

Aber wie gesagt: Der politische Spagat, der ja nun mal bestand, ist bestens geglückt. Denn wenn man es sich jetzt mal wirklich anschaut, stellt man fest: Die einkommensstützende Wirkung für die Landwirte ist bestehen geblieben, der Strukturwandel in der Landwirtschaft wird abgefedert, und die Gemeinsame Agrarpolitik wird noch umwelt- und klimafreundlicher. Es kommt noch hinzu, dass wir jetzt endlich verbindliche Standards für alle EU-Mitgliedsländer haben. Das ist ein gutes Verhandlungsergebnis für die Landwirte, für die Umwelt, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger der EU.

Wenn ich mir jetzt den Titel der heutigen Aktuellen Stunde anschau, den sich die Grünen ausgesucht haben – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –: „Haltung der Bundesregierung zur Nichtberücksichtigung der Bekämpfung von Klimakrise und des Artensterbens bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik“, dann frage

(C)

(D)

Albert Stegemann

- (A) ich mich: In welchem Land leben Sie eigentlich? Haben Sie die letzten Jahre im Winterschlaf verbracht, oder leben Sie wirklich auf dem Baum?

Von daher: Um Sie an dieser Stelle wirklich mal wieder auf den Boden der Tatsachen zu holen, empfehle ich Ihnen einen Blick auf die aktuelle Studie des Zentrums für Umweltrecht und -politik der Yale-Universität und des Zentrums für Internationale Bodenwissenschaften der Columbia-Universität. In dieser Studie wird anhand von verschiedenen Kategorien gemessen, wo auf der Welt eigentlich Rücksicht auf die Umwelt genommen wird. Wo ist ein gesundes Leben für Mensch, Tier und Natur möglich? Die entscheidenden Kategorien der Studie sind vor allem Landwirtschaft, Wälder, Biodiversität, Klimawandel und Wasser- und Luftqualität. Die Studie untersucht 180 Länder. Unter den Top 20 der umweltfreundlichsten Länder finden sich 14 EU-Mitgliedstaaten – Deutschland ist natürlich eines davon. Und dann von einer „fehlgeleiteten Politik“ zu sprechen, ist einfach nicht zutreffend.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Grünen sprechen jetzt mit Blick auf die Beschlüsse des EU-Agrarrats sogar von einem „schwarzen Tag für die Landwirtschaft“ und fordern „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“; Sie haben das gerade auch getan, Frau Künast. Tatsache ist aber – vielleicht ist Ihnen das noch gar nicht aufgefallen –, dass die öffentlichen Gelder, die die Landwirte erhalten, bereits an eine Vielzahl von umwelt- und klimapolitischen Gegenleistungen geknüpft sind. Der Anbau von Zwischenfrüchten, der Erhalt von Dauergrünland, Auflagen zum Schutz von Feuchtgebieten und Moorflächen, der Schutz von Landschaftselementen wie Hecken und Steinriegeln oder das Anlegen von über 200 000 Kilometern Blühstreifen zum Beispiel sind nur einige direkt erkennbare Beweise.

(B)

Darüber hinaus sind wir uns doch einig, dass wir unsere hohen sozialen und ökologischen Standards nicht infrage stellen. Aber im internationalen Wettbewerb gibt es dafür keine Preisaufschläge, und dafür sind die Zahlungen ein sehr, sehr fairer Ausgleich.

Ich will an dieser Stelle auch noch ein paar Zahlen nennen. Herr Miersch, Sie hatten zwar in der Sache zutreffend gesagt, dass ein Drittel des EU-Haushaltes in die GAP geht; diese Zahl stimmt. Aber: Wir haben halt eine *Gemeinsame* Agrarpolitik, und das ist wirklich der einzige Bereich, der europäisch geregelt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Also, wenn wir es fair vergleichen wollen, dann müssen wir diesen Anteil auf Deutschland runterrechnen, auch nicht kumuliert über sieben Jahre; dann reden wir über um die 5 Milliarden Euro pro Jahr. Das sind gerade mal 0,3 Prozent der gesamten deutschen Staatsausgaben, und das für unsere Lebensmittel, für die Mittel zum Leben. Ich denke, das ist angemessen, und das kann man auch so würdigen und stehen lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Gitta Connemann
[CDU/CSU]: Sehr richtig!)

(C) Die Landwirtschaft in Europa wird mit der Weiterentwicklung der „grünen Architektur“ noch umwelt- und klimafreundlicher. Dieser Weg ist eben nur gemeinsam mit den Bauern möglich und nicht gegen sie.

Und: Wir müssen uns dringend vor Augen führen, dass wir im Jahr 2050, also in 30 Jahren, 10 Milliarden Menschen auf diesem Planeten ernähren müssen. Deswegen müssen wir auch sehr effizient mit Ressourcen umgehen. In allen anderen Sektoren, ob Industrie, Verkehr oder Bau, ist es selbstverständlich, –

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Herr Kollege, kommen Sie zum Ende.

Albert Stegemann (CDU/CSU):

– dass Ressourceneffizienz einen positiven Beitrag zum Klimaschutz darstellt. Nur in der Landwirtschaft tragen immer noch manche das Dogma der Extensivierung vor sich her. Das ist nicht sinnvoll.

Deswegen bedanke ich mich an dieser Stelle noch mal bei allen Bäuerinnen und Bauern, die in unserem Sinne nachhaltig handeln. Ich glaube, dass wir ihnen heute mit den Beschlüssen vom Agrarrat eine gute Zukunft geben können.

Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Für die Fraktion der AfD hat das Wort der Kollege (D) Stephan Protschka.

(Beifall bei der AfD)

Stephan Protschka (AfD):

Herr Präsident! Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gott zum Grube! Liebe Gäste im Hohen Hause und zu Hause vorm Fernsehgerät! Frau Ministerin, ich kann Ihnen nicht zustimmen, wenn Sie sagen, dass Sie – wie haben Sie es genannt? – einen Durchbruch oder einen Systemwechsel geschafft haben. Das Einzige, was Sie geschafft haben, ist, dass der Landwirt noch mehr Auflagen, noch mehr Pflichten erfüllen muss, und der ganze Lohn dafür ist, dass er weniger Geld bekommt.

Ich glaube nicht, dass Sie in jüngster Vergangenheit einmal auf einem landwirtschaftlichen, bäuerlichen Hof waren; denn dann würden Sie wissen, was auf solchen Höfen los ist. Die Preise sind im Keller dank der unverhältnismäßig hohen Auflagen, und die deutschen Landwirte kämpfen mit massiven Einkommenseinbußen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Kein Wunder, dass die allermeisten Landwirte nervlich und finanziell am Ende sind. Denn ganz ohne die einkommenswirksamen Direktzahlungen könnten drei Viertel der deutschen Landwirte sofort den Betrieb zusperrern.

Und ausgerechnet in dieser existenzbedrohenden Situation wollen Sie ein weiteres Mal die Axt an die einkommenswirksamen Direktzahlungen anlegen. Da muss

Stephan Protschka

(A) ich sagen: Nicht mit uns, meine Damen und Herren. Das können wir nicht mitmachen; da müssen wir die deutsche Landwirtschaft unterstützen.

(Beifall bei der AfD)

Dabei hätten Sie aber gerade jetzt die Gelegenheit für einen wirklichen Systemwechsel gehabt. Denn sind wir doch mal ehrlich: Das System, das wir jetzt haben, ist auf billige Rohstoffherzeugung und auf Dumpingimporte durch Handelsabkommen ausgelegt, damit die Ernährungsindustrie wiederum kostengünstige Produkte für den Export herstellen kann. Der größte Teil der Wertschöpfung geht in die Taschen der lebensmittelverarbeitenden Unternehmen oder des Lebensmitteleinzelhandels. Sie sehen es: Die Landwirte haben die letzten Tage die eine oder andere Zufahrt eines Einzelhandelslagers versperrt. Für die Landwirte bleibt dann relativ wenig übrig. Das System ist krank, meine Damen und Herren; das muss man anprangern und muss man reformieren.

Davon würden übrigens auch der Umweltschutz und der Tierschutz massiv profitieren. Warum wird denn beispielsweise überwiegend nur noch Mais oder Weizen auf sehr großen Flächen angebaut? Ja, weil sich andere Feldfrüchte einfach nicht mehr rentieren! Jeder Landwirt ist auch ein Unternehmer, und der muss halt auf seinen eigenen Geldbeutel schauen. Hören Sie endlich auf, die deutsche Landwirtschaft zu zerstören, und schaffen Sie endlich vernünftige Rahmenbedingungen, sodass die Landwirte von der eigenen Hände Arbeit leben können! Sie werden sehen: Der Umwelt- und Artenschutz kommt dann von ganz allein. Was die Landwirtschaft definitiv nicht braucht, sind weitere Gängelungen und unverhältnismäßige Auflagen, Verbote usw. usf.

(B)

(Beifall bei der AfD)

Noch kurz zu den „Grün/Stern/innen“. Dass Sie jetzt die Aktuelle Stunde beantragt haben, ist ja an Heuchelei kaum zu überbieten. Ihnen geht es ja gar nicht um die bäuerliche Landwirtschaft in Deutschland. Ihnen ist nur eins wichtig, und das ist, dass möglichst viele Agrarfördermittel so umgeschichtet werden, dass die Ihnen nahestehenden Umweltverbände sich die eigenen Taschen füllen. Das ist die Wahrheit. Je mehr wir in die zweite Säule umbuchen, desto mehr kriegen Ihre NGOs. Mit denen können Sie dann weiterhin den Diesel vernichten, die Landwirtschaft vernichten, die ganze deutsche Wirtschaft vernichten. Das brauchen wir nicht.

(Beifall bei der AfD)

Ihnen geht es nämlich nicht um Umweltschutz oder um Artenschutz oder um sonst irgendetwas. Ihnen geht es nur um die Vernichtung der deutschen Industrie. Würden wir Ihren Ideologien folgen, dann wäre, wie gesagt, alles am Boden. Aber leider sind die CDU/CSU und SPD sehr ideenlos, was das angeht.

Sehr geehrte Damen und Herren, wie Sie sehen: Die AfD – das hat mein Vorredner schon gesagt – ist die einzige Partei im Deutschen Bundestag, die die Wirtschaft und Landwirtschaft in Schutz nimmt und die sich für den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft einsetzt.

(Beifall bei der AfD)

(C) Uns geht es im Gegensatz zu Ihnen weder um irgendwelche Klientelpolitik für irgendwelche Verbände oder NGOs noch um Profitmaximierung, und wir brauchen in Zukunft auch nicht irgendwelche Pöstchen, die dann irgendwo verschachert werden unter den Roten und Schwarzen. Nein, meine Damen und Herren, es darf kein Weiter-so geben. Wir brauchen in Zukunft landwirtschaftliche Familienbetriebe und Genossenschaften in Deutschland. Beenden Sie diesen Irrsinn! Wir müssen uns als Deutschland selbst ernähren können.

Liebe Landwirte, ich danke euch für die Geduld und für die harte Arbeit in diesen schweren Zeiten. Haltet durch! Mit der AfD habt ihr wieder eine Alternative.

Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei Abgeordneten der FDP – Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Die Rede hätte von Frau Künast sein können! Das war schon mal besser!)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der nächste Redner ist für die Fraktion der SPD der Kollege Carsten Träger.

(Beifall bei der SPD)

Carsten Träger (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Nach den gewohnt fundierten, profunden Ausführungen des Kollegen Protschka möchte ich mit einem Dank an die Grünen beginnen:

(Lachen bei der AfD – Stephan Protschka [AfD]: Ein möglicher Koalitionspartner?)

(D)

Herzlichen Dank, dass wir heute in der Aktuellen Stunde wirklich zeitnah die Beschlüsse der letzten Wochen aus Brüssel diskutieren können.

Um es gleich mal vorweg zu sagen: Wir halten diese Beschlüsse nicht für den Systemwandel, nicht für den großen Durchbruch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber, liebe Kollegen von den Grünen, es ist schon schade, wie Sie dieses Thema behandeln. Es ist schade, dass Sie sich dem Reformprozess der Agrarpolitik auf der europäischen Ebene komplett verweigern. Gerade wenn man weiß, wie Politik in Brüssel gemacht wird, und wenn man weiß, wie das Parlament arbeitet – das muss ich von Ihnen erwarten; Sie streben ja immerhin Regierungsbeteiligung an –, dann kann man nicht mit Maximalforderungen reingehen und danach wie eine beleidigte Leberwurst sagen: Ich diskutiere überhaupt nicht mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Hans-Joachim Fuchtel [CDU/CSU])

Mit der Haltung bewegen Sie gar nichts. Im Gegenteil: Damit bewirken Sie nur, dass wir den Reformprozess weiter verschleppen. Wir sprechen ja nicht über eine Reform, die man im nächsten Jahr beliebig wiederholen kann. Es geht um einen mehrjährigen Finanzrahmen, und da wäre ein bisschen mehr konstruktive Politik sehr, sehr hilfreich gewesen.

Carsten Träger

(A) (Beifall bei der SPD)

Wir wollen eine europäische Agrarpolitik, die jetzt den fatalen Verlust der Artenvielfalt und die Klimakrise angeht. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Europaparlament haben es immerhin geschafft,

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Dagegenzustimmen!)

einen Anteil von 30 Prozent an Ökoleistung bei den flächenbezogenen Direktzahlungen durchzusetzen.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Sie haben nicht zugestimmt!)

Nach einem schwachen Vorschlag der alten Kommission – die neue Kommission kritisiert ja diesen alten Vorschlag – und nach noch schwächeren Beschlüssen der Agrarminister ist das immerhin ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Es ist nur ein kleiner Schritt, aber immerhin in die richtige Richtung. Unser Plädoyer „Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ macht damit immerhin einen größeren Teil der europäischen Agrarpolitik aus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber Sie haben es doch abgelehnt! – Gegenruf der Abgeordneten Gitta Connemann [CDU/CSU]: Ja, die SPD hat es abgelehnt!)

(B) Was mir als Sozialdemokrat besonders wichtig war: Eine Herzensangelegenheit ist, dass Betriebe, die illegale Beschäftigung oder Schwarzarbeit betreiben, in Zukunft zwingend von europäischen Direktzahlungen ausgeschlossen werden. Das ist nämlich bisher nicht so. Wer sich auskennt, der weiß, was in europäischen Betrieben passiert mit Schwarzarbeitern, mit Migrantinnen, die dort zum Teil auf dem Boden schlafen müssen. Das soll wenigstens in Zukunft nicht auch noch mit europäischen Subventionen belohnt werden.

(Beifall bei der SPD)

Da sehen Sie: Es macht Sinn, an einzelnen Punkten zu arbeiten, auch wenn man das große Ganze nicht gut finden kann. Schade, dass Sie sich dem verweigern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Agrarpolitik bekommt nun eben auch ein rotes Herz.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bitte, was?)

Aber trotzdem: Das reicht nicht. Da geht noch mehr, Frau Klöckner. Ich fordere Sie und auch die Kollegen im Europaparlament auf, im Trilog noch weiter nachzubessern und noch weiter nachzulegen, damit wir insgesamt zu besseren Regelungen kommen, damit wir insgesamt mehr Ökologie, aber auch mehr soziale Gerechtigkeit erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Der Reformprozess der Agrarpolitik ist noch nicht abgeschlossen. Es gilt nun, dass wir ihn in Richtung einer gemeinwohlfördernden Politik ausrichten.

(C) Natürlich müssen wir auch bei der nationalen Ausgestaltung, Frau Klöckner, in die Puschen kommen. Es hat sich nun ein kleines Fenster ergeben. Aber dieses kleine Fenster müssen wir jetzt auch kraftvoll nutzen. Da sind Sie in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass wir die beschlossenen Ökoleistungen nun in Maßnahmen umsetzen, die wirklich Umwelt- und Klimaschutz bewirken. Ich fordere Sie auf, diese Maßnahmen nun entschieden zu fördern, um den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu gewährleisten. Ich fordere Sie auch auf, dass Sie zum Beispiel in Sachen Aktionsprogramm Insektenschutz endlich vorangehen. Das sind wir den nachfolgenden Generationen schuldig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nehmen Sie sich ein Beispiel an Ihrer Kollegin Svenja Schulze,

(Lachen bei Abgeordneten der AfD und der FDP)

die es erstens geschafft hat, dass der Umweltministerrat progressive Beschlüsse gefasst hat, die wirklich in Richtung Schutz der Biodiversität wirken, und die zweitens ein Insektenschutzgesetz vorgelegt hat. Ich hoffe sehr, dass das nun endlich mal aus dem Kabinett rauskommt, damit wir hier im Parlament darüber diskutieren können.

(Julia Klöckner, Bundesministerin: Das ist doch in der Ressortabstimmung!)

(D) – Ja, das ist gut. Aber nun sind auch Sie in der Verpflichtung, Ihren Teil dieses Pakets vorzulegen. Da verweise ich auf die seit Langem angesprochene Reduktionsstrategie für Pflanzenschutzmittel auf unseren Äckern. Ich würde mir sehr wünschen, dass wir da schon sehr bald etwas bekommen. Das steht im Koalitionsvertrag, Frau Klöckner.

(Beifall bei der SPD – Gitta Connemann [CDU/CSU]: Das geht mit CRISPR/Cas!)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank, Kollege Träger. – Für die CDU/CSU hat das Wort der Kollege Hermann Färber.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Hermann Färber (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Ministerin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Einigung im Agrarrat ist unter dem Vorsitz von Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner bei der GAP definitiv ein Systemwechsel gelungen. Dazu kann ich nur meinen Glückwunsch aussprechen. Denn, Frau Ministerin, alle die, die heute sagen, sie hätten mehr erwartet, haben das, was Sie da durchgesetzt haben, alle zusammen nicht geschafft.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wesentlich stärker als bisher wird die Landwirtschaft an ökologische Regelungen geknüpft, und zwar in ganz Europa. Das ist das Entscheidende. Bisher hatten es ja zahlreiche osteuropäische Staaten grundsätzlich abgelehnt, sich zu verpflichten, 20 Prozent der Mittel aus der ersten Säule an Eco-Schemes, an Ökoregelungen,

Hermann Färber

- (A) zu binden. Es bringt schließlich auch gar nichts, wenn Deutschland zur Blumenwiese wird, wenn Deutschland sich zu 100 Prozent daran bindet, der Rest von Europa uns dann aber zuschaut und selber gar nichts macht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zusätzlich werden allerdings alle Direktzahlungen an eine erweiterte Konditionalität gebunden, die weit über das bisherige Greening hinausgeht. Da stimmt es nicht, lieber Friedrich Ostendorff, was du gesagt hast, dass 80 Prozent verloren sind. Im Gegenteil – Kollege Stegemann hat es angesprochen –: Bisher waren Direktzahlungen an Greeningmaßnahmen gebunden, aber nun kommen wesentlich mehr Bereiche hinzu: Erhalt von Dauergrünland, Bewirtschaftungsauflagen bei Feucht- und Moorebenen, Gewässerschutzstreifen, Blühflächen und vielfältige Fruchtfolgen sowie 3 Prozent nichtproduktive Flächen oder 5 Prozent nichtproduktive Flächen, die mit Leguminosen bestellt werden können.

Völlig unberechtigt ist der Vorwurf, das jetzige System würde die Ziele Klimaschutz und Artenvielfalt nicht berücksichtigen und mit der Direktzahlung würde künftig nur der Großagrарier mit viel Fläche belohnt, der für viele Umweltprobleme mitverantwortlich sei. Das stimmt nicht. Es wird nämlich vergessen, dass es auch Ökoberiebe mit großen Flächen gibt; das sind nicht immer nur die kleinen Betriebe. Die Durchschnittsgröße der Ökoberiebe liegt zum Beispiel in Sachsen bei 84 Hektar und in Brandenburg bei 207 Hektar; viele sind sogar erheblich größer und bewirtschaften 500 bis 1 000 Hektar. Um eine Zahl zu nennen: Ökoberiebe mit 80 Hektar erhalten mit den Zuwendungen aus der zweiten Säule und der Förderung der ersten Hektare eine Summe von rund 350 000 Euro. Da kann man kann doch nicht sagen: Es ist ungerecht, wenn der große Betrieb mehr bekommt als der kleine.

- (B) Tatsache ist auch – das geht in der Diskussion aber völlig unter –: Die EU-Kommission hat nicht nur Artenschutz und Klimaschutz als Ziel der GAP festgelegt; das sind nur zwei von neun Maßnahmen.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Die übrigen Ziele sind: gerechtes Einkommen für Landwirtinnen und Landwirte, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, ausgewogenes Kräfteverhältnis in der Lebensmittelkette, Förderung des Generationswechsels, Schutz der Lebensmittelqualität und der Gesundheit, Umwelpflege sowie die Stützung der ländlichen Gebiete.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Genau so!)

Nachhaltigkeit besteht eben nicht nur aus Ökologie, sondern auch aus Ökonomie und dem Sozialen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Thema Gemeinwohlprämien wurde heute schon mehrfach angesprochen. Hier sind wir uns grundsätzlich einig, Frau Tackmann – Kollege Miersch ist schon weg –, aber bei neuen Zielen kann man nicht gleich auf 100 Prozent gehen; vielmehr sollte man auf 20 Prozent gehen. Das System ist viel besser, als es hier schlechtgeredet wird. Es ist eine Gemeinwohlprämie; zumindest erfüllt es den Charakter. Entscheidend ist jetzt, wie die Eco-Schemes in den Strategieplänen der einzelnen Mitglied-

- staaten konstruiert werden. Wichtig ist, dass Klima- und Artenschutz eine Rolle spielen – selbstverständlich muss das gefordert werden –, aber die Maßnahmen müssen in der Praxis umsetzbar sein, sonst nutzen sie uns nichts. (C)

Ein Mehr an Umwelt- und Klimaschutz schaffen wir nur, wenn wir uns in Europa auf gemeinsame Ziele einigen können. Der Grundstein wurde jetzt unter deutscher Ratspräsidentschaft gelegt. Lassen Sie uns bitte gemeinsam und konstruktiv daran weiterarbeiten.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank, lieber Kollege Hermann Färber. – Der nächste Redner: für die SPD-Fraktion der Kollege Rainer Spiering.

(Beifall bei der SPD – Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Jetzt kommt zehnmал „Digitalisierung“!)

Rainer Spiering (SPD):

Klar.

(Heiterkeit)

Herr Präsident! Frau Ministerin! Kolleginnen und Kollegen! Frau Konrad, Sie haben die Frage aufgeworfen, wer Ideen und Papiere zur Verfügung gestellt hat. Wer lesen kann, ist klar im Vorteil: Wir haben ein sehr ausgeglichenes Strategiepapier zur GAP und eine Digitalisierungsstrategie formuliert. Ich empfehle Ihnen das an, dann wissen Sie auf jeden Fall, wo wir stehen. (D)

(Beifall bei der SPD – Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Eins!)

Mir ist wichtig, klarzustellen: Die SPD – das wird sie in naher Zukunft mit einem Papier belegen – bekennt sich zur Landwirtschaft in Deutschland – ohne Wenn und Aber, und das aus vielerlei Gründen. Wir wollen eine Landwirtschaft, die ökonomisch sinnvoll und sozial ausgewogen ist und die die Natur stärkt; eine Landwirtschaft, die Arbeit respektiert. Das bedeutet auch, dass die Arbeit der Landwirtinnen und Landwirte respektiert wird; denn Respekt vor einer Tätigkeit ist die Grundlage des sozialen Seins. Das ist das, was wir anstreben.

(Beifall bei der SPD)

– Danke schön. – Man könnte es auch anders formulieren: saubere Luft, sauberes Wasser, gute Böden, gute Produkte und respektierte Arbeit.

Jetzt aber zur GAP. Da sind heute die Wogen etwas hochgeschlagen. Ich glaube, das wird der Sache nicht gerecht; denn mit 27 Ländern in Europa zu verhandeln, ist ein schwieriges Werk, und das wissen alle Beteiligten. Dass das, was man erarbeitet, am Ende des Tages ein Kompromiss ist, das wissen auch alle hier Beteiligten, auch Frau Renate Künast. Deswegen würde ich anraten, das nüchtern zu betrachten.

(Beifall der Abg. Gitta Connemann [CDU/CSU])

Rainer Spiering

(A) Fakt ist – und das ist die schlechte Nachricht, liebe Gitta –: Der Staatssekretär im BMEL hat heute gesagt, dass 4,9 Milliarden Euro, wenn auch konditioniert, in die Direktzahlungen gehen. Wenn man das auf die 11 Millionen Hektar, die wir bewirtschaften, umrechnet, kommt eine Zahl von 440 Euro pro Hektar heraus. Wenn ich das mit dem Grundbesitz der Deichmanns, der Fielmanns und der Eigentümer von Aldi oder Lidl multipliziere, dann komme ich auf Beträge, die in die Betriebe fließen, die wir in der Höhe nicht wollen; Frau Ministerin, hier sind wir sicherlich einer Meinung. Das heißt im Klartext, lieber Hermann: Wenn wir aus dieser Situation etwas Gutes machen wollen – ich glaube, es gibt eine Möglichkeit; Carsten Träger hat es angesprochen –, dann gibt es im Rahmen des Trilogieverfahrens immer noch die Möglichkeit, auf 30 Prozent hochzugehen.

Die große Frage ist auch: Wie verwenden wir das Geld, und – Frau Tackmann hat es angesprochen – wie sieht die Strategieplanung aus? Was formulieren wir als Grundlage, wie das Geld verausgabt werden soll? Das ist – das ist das nächste Problem – aber nicht nur eine europäische Angelegenheit, sondern das ist vor allem eine binnendeutsche Angelegenheit. Das heißt, das BMEL muss in der Lage sein, die unterschiedlichen Länderinteressen mit den unterschiedlichen Regionalitäten zu koppeln, und das ist ein schwierig Ding.

Das heißt: Es ist jetzt wirklich höchste Eisenbahn, dass das Bundesministerium in Zusammenarbeit mit den Ministerien der Bundesländer eine Strategieplanung vorlegt. Nur wenn wir diese Strategieplanung haben, können wir grundsätzlich sagen, ob das, was uns von der einen oder von der anderen Seite vorher- und weisgesagt wird, überhaupt zutrifft. Das heißt, wir wissen erst, wo wir stehen, wenn wir diese Strategieplanung haben, Frau Ministerin. Deswegen die dringende Bitte: Machen Sie die Strategieplanung, aber bitte – tun Sie uns diesen großen Gefallen – machen Sie es nicht als Regierung, sondern beteiligen Sie uns als Parlament; denn wir als Parlament müssen uns kritisch damit auseinandersetzen. Lassen Sie uns diesen Prozess gemeinsam gestalten und begleiten.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

Irgendjemand hat eben gesagt: Jetzt kommt gleich das Thema Digitalisierung. – Ja, klar.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Das wissen wir alle! – Zuruf von der AfD: Zweimal!)

Der für mich entscheidende Punkt ist: Wenn ich auf die Regionalität in Deutschland eingehe, wenn ich auf die unterschiedlichen Bodenverhältnisse und die unterschiedlichen geografischen Verhältnisse und sogar auf die unterschiedlichen klimatischen Verhältnisse eingehe, dann weiß ich ganz genau, dass ich für unterschiedliche Regionen unterschiedliche Konzepte stricken muss. Wir haben als Vorgabe den 19-Punkte-Plan der Landschaftsverbände – den könnte man gut als Matrix nehmen –, aber alles das ist nur machbar, wenn wir die Bäuerinnen und Bauern nicht mit einem Papiermonster in der alten analogen Form überfordern. Das geht nicht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn wir das lösen wollen, dann, liebe Frau Ministerin, müssen Sie in der Lage sein, in Ihrem Haus die Software zur Verfügung zu stellen, damit die Landwirtinnen und Landwirte nicht völlig überfordert werden, sondern in der Lage sind, die entsprechenden Vorgaben einzutippen und kurzfristig eine Antwort zu bekommen: So sieht mein Ergebnis materiell, aber auch ökologisch und soziologisch aus. – Wenn der Staat nicht dazu in der Lage ist, Frau Ministerin, dann sollten wir uns der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Kräfte bedienen, die das können. Ich sage Ihnen: Die Wirtschaft in unserem Land ist so weit. Wir müssen die Möglichkeiten auf jeden Fall wahrnehmen.

Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank, Herr Kollege Spiering. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Gitta Connemann, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gitta Connemann (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einem Zitat beginnen: „Dies ist ein großer Erfolg und ein zentraler Baustein der Agrarwende in Deutschland! ... Bei der Förderung der Landwirtschaft werden Belange des Umwelt- und Tierschutzes ... in Zukunft sehr viel stärker berücksichtigt.“ Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, von wem stammt dieses Zitat? Von Renate Künast.

(Heiterkeit des Abg. Alexander Graf Lambsdorff [FDP])

So euphorisch feierte sie am 9. Juli 2004 die neue gemeinsame europäische Agrarpolitik.

(Julia Klöckner, Bundesministerin: Sehr geil!)

Damit kamen Flächenprämie, Entkopplung, verbindliche Umwelt- und Tierschutzstandards.

Liebe Grüne, liebe Renate Grüne,

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Heiterkeit bei der CDU/CSU, der SPD, der AfD und der FDP)

liebe Kollegin Künast, gestern hat Ihre Fraktion die aktuelle Einigung des Rates hinsichtlich einer neuen GAP-Reform in Grund und Boden gestampft. Da können wir nur sagen: Diese Fundamentalkritik der Grünen ist reine Heuchelei;

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD)

denn die Einigung bewegt sich in der Struktur, die unter Renate Künast und von ihr selbst mit geschaffen worden ist, übrigens auch unter Rot, lieber Rainer Spiering. Aber den aktuellen Durchbruch hat eine Christdemokratin erzielt, nämlich unsere Bundesministerin Julia Klöckner, und dafür vielen Dank.

Gitta Connemann

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Liebe Renate Künast, Ihr Gezeter – auch gerade jetzt – ist also doppelzünftig.

Das gilt auch für manche grüne NGO. Der NABU kritisiert die Reform – ich zitiere – als „Agrarpolitik im Rückwärtsgang“, kassiert aber selbst 5,3 Millionen Euro an Agrargeldern – im Jahr!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zum Vergleich: Der landwirtschaftliche Familienbetrieb erhält im Schnitt 35 000 Euro und wird dafür in Kampagnen an den Pranger gestellt. Die Kritiker sollten es besser wissen: Direktzahlungen sind schon heute keine Geschenke, sondern Ausgleich für Wettbewerbsnachteile und hohe Standards. Die Landwirtschaft in Deutschland ändert sich seit Jahren, und zwar in Richtung Nachhaltigkeit. Das wollen wir doch bitte endlich mal anerkennen!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Künftig werden die Anforderungen noch höher. Jeder Euro wird an Klima- und Umweltvorgaben geknüpft werden – europaweit. Das ist der eigentliche Durchbruch. Ökologische Vorrangflächen, längere Fruchtfolgen und vieles mehr werden ein Muss. Es wird keine Leistung ohne Gegenleistung geben, und das wird jeden Hof fordern. Trotzdem gehen die Bauern diesen steinigen Weg mit – bis an die Schmerzgrenze.

- (B) Aber egal, was getan wird: Die Grünen haben nicht die Größe, das anzuerkennen; denn es kommt von der Union, und es geht um ihren Prügelknaben Nummer eins, die Landwirtschaft. Nehmen Sie bitte endlich zur Kenntnis: Landwirte sind Klimaschützer. Ja, bei der Erzeugung von Lebensmitteln entstehen Treibhausgase – übrigens: egal ob konventionell oder ökologisch. Aber:

Erstens. 83 Millionen Menschen brauchen Nahrung zum Leben. Bullerbü kann das nicht leisten.

Zweitens. Deutsche Bauern gehen voran. 1 Liter Milch steht hier für 1,1 Kilogramm CO₂. Der weltweite Schnitt liegt mehr als doppelt so hoch.

Drittens. Grünland, Humus und Co, insbesondere Wald binden CO₂. Das wird gerne unterschlagen, auch heute in dieser Debatte.

Genau diese Leistungen honoriert die GAP, ebenso wie den Artenschutz. Ja, die Erzeugung von Lebensmitteln greift in natürliche Lebensräume ein – übrigens: egal ob ökologisch oder konventionell. Die Hauptursachen für den Artenschwund sind aber Verkehr, Versiegelung und Lichtverschmutzung. Artenreiches Grünland, Blühstreifen und Co sind demgegenüber Paradiese für Insekten. Liebe Frau Kollegin Künast, wenn Sie da von einer Petitesse sprechen bei den Blühstreifen: 230 000 Hektar sind in Deutschland von Bäuerinnen und Bauern angelegt worden, aber wahrscheinlich nicht von Ihnen in Ihrem Hofgarten in Berlin.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Gero Clemens Hocker [FDP])

(C) Auch das honoriert die GAP: Naturschutz durch Bewirtschaftung. Wir wissen, Klima- und Artenschutz geht nur mit der Landwirtschaft, nicht gegen sie. Aber das wird leider nach wie vor nicht überall hier so gesehen. Nach wie vor setzen viele darauf, möglichst viel Fläche aus der Bewirtschaftung zu nehmen. Ohne Frage, unsere Landwirte können auch Landschaftspflege. Aber damit wird die Selbstversorgung mit Lebensmitteln aufs Spiel gesetzt. Wie schnell diese gefährdet sein kann, hat die Coronakrise gezeigt: Die Grenzen wurden dichtgemacht, unsere Bauern sicherten die Ernährung, Tag für Tag.

Wir brauchen unsere Landwirtschaft zum Überleben, auch hier in Deutschland. Deshalb fordern wir als Union ein Staatsziel Ernährungssicherung im Grundgesetz. Unsere Bauern brauchen im Übrigen so schnell wie möglich Klarheit, und dafür bieten diese Beschlüsse, die Julia Klöckner ausgehandelt hat, eine sehr gute Grundlage.

Grüne Ideologie hilft hier nicht, im Gegenteil.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deshalb fordern wir Sie auf: Rüsten Sie endlich ab, gehen Sie auf die Landwirte zu, und übernehmen Sie endlich inhaltlich Verantwortung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank, Frau Kollegin. – Der letzte Redner in der Aktuellen Stunde ist der Kollege Artur Auernhammer, CDU/CSU-Fraktion.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Artur Auernhammer (CDU/CSU):

Verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Wahrheit und Klarheit gehört auch, dass in der Amtszeit einer Renate Künast Flächenprämien beschlossen worden sind. Egal wie groß der Betrieb war, egal wie der Betrieb gewirtschaftet hat, der Quadratmeter hat gezählt, und dann floss das Geld.

(Julia Klöckner, Bundesministerin: Wahnsinn! – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie müssen einmal sagen, was davor gegolten hat!)

In der Amtszeit von Julia Klöckner wurde beschlossen, dass jeder Euro, der ausgegeben wird, an Auflagen gebunden ist, dass jeder Euro öffentliches Geld Umweltleistungen erfordert. Das ist der Erfolg von Julia Klöckner.

(Beifall bei der CDU/CSU – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Erzählen Sie mal die Wahrheit! Schlachtprämien! Bullenprämien! Das lassen Sie alles weg!)

Ich danke allen, die mitverhandelt haben, und ich danke auch unseren Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament, die mit ihrem Beschluss dies unterstützt haben.

Artur Auernhammer

(A) Meine sehr verehrten Damen und Herren, zurück zum Ursprung der europäischen Agrarpolitik: Es geht darum, die Menschen zu ernähren. 450 Millionen Menschen in der Europäischen Union wollen täglich essen und trinken. Dazu haben wir europaweit 10 Millionen Bauernhöfe. Diese Bauernhöfe, diese Bäuerinnen und Bauern können nicht emissionsfrei Lebensmittel produzieren; man hat eben Aufwand. Aber die Landwirtschaft ist im Vergleich mit anderen Wirtschaftszweigen der einzige Betriebszweig, der CO₂ bindet, der auch Umweltschutz und Klimaschutz betreibt.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Forstwirtschaft!)

Wir haben gerade in der Coronazeit gesehen, dass die Landwirtschaft systemrelevant ist. Sie können sich alle noch an die leeren Regale erinnern. Das Nudelregal und das Mehltreckerregal waren leer; alles war leergekauft. Die Landwirtschaft ist systemrelevant. Eine regionale Produktion, eine Produktion hier in Deutschland ist wichtig. Lebensmittel sind genauso wichtig wie irgendwelche Blühwiesen oder andere Programme.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben innerhalb Deutschlands natürlich eine unwahrscheinlich breite Struktur. Bei uns in Bayern liegt die durchschnittliche Schlaggröße bei vielleicht 2 bis 3 Hektar. Bei Betrieben in Sachsen-Anhalt sind diese 2 bis 3 Hektar allein die Fahrgasse.

(Dieter Stier [CDU/CSU]: Da sind wir stolz drauf!)

(B) Wir stehen auch vor großen Herausforderungen mit Blick auf die unterschiedliche Unterstützungsnotwendigkeit unserer Betriebe. Deshalb ist es wichtig, dass wir jetzt im Trilogverfahren und in den nächsten Verhandlungen auf diese Strukturen auch Rücksicht nehmen. Dafür ist dieser Beschluss eine gute Grundlage. Wir haben die Instrumente der Kappung, der Degression. Diese gilt es zu nutzen, um kleinbäuerliche Betriebe zu unterstützen, um die Zukunftsfähigkeit dieser Betriebe sicherzustellen. Ich hoffe, dass bei den Beratungen im Rahmen des Trilogverfahrens und sicherlich auch hier im Deutschen Bundestag die Strukturen in den Fokus genommen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt viele Vorschläge, wie wir jetzt weitermachen können. Ein Vorschlag, der mir jetzt persönlich ganz gut gefällt, ist der vom Deutschen Verband für Landschaftspflege, der zeigt, wie man diese Leistungen honorieren kann, wie man diese Leistungen nachvollziehen kann, ein Vorschlag in dem sich jeder wiederfindet. Denn Lebensmittelproduktion ist nur die eine Seite der öffentlichen Leistungen. Auch die Umweltleistungen müssen honoriert werden. Das kann auch eine Einkommensalternative für die landwirtschaftlichen Betriebe sein. Da müssen wir uns weiterentwickeln und weiter daran arbeiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben, bedingt durch den Föderalismus in Deutschland, einige Bundesländer, die in der sogenannten zweiten Säule nicht viel machen, und andere, die dort etwas mehr machen. Verehrte Frau Ministerin, wir müssen jetzt aufpassen, dass wir die Bundesländer, die hier aktiv unterwegs

sind, bei den Programmen, die wir in der zweiten Säule haben, mitnehmen, damit sie in der neuen Agrarreform ihren Niederschlag und für ihre Arbeit einen vernünftigen Ausgleich finden. (C)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man kann es drehen und wenden, wie man will: Die Aktuelle Stunde heute hat gezeigt – und ich bin überzeugt davon –: Diese Beschlüsse in Brüssel sind ein Meilenstein auf dem Weg zu einer umweltfreundlichen Agrarpolitik der Zukunft. Jetzt geht es darum, dass wir unsere Kolleginnen und Kollegen auf europäischer Ebene unterstützen und dass wir dann im Deutschen Bundestag vernünftige Beschlüsse daraus machen. Daran lassen Sie uns alle arbeiten!

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank, Artur Auernhammer. – Die Aktuelle Stunde ist damit beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen dürfen nicht straflos bleiben

Drucksache 19/23702

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (f) (D)
Auswärtiger Ausschuss
Ausschuss für Inneres und Heimat
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Für die Aussprache ist eine Dauer von 30 Minuten beschlossen. – Ich bitte, zügig den Raum zu verlassen oder sich hinzusetzen.

Der erste Redner ist der Bundesminister Heiko Maas. – Lieber Herr Minister.

Heiko Maas, Bundesminister des Auswärtigen:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Der Straflosigkeit der Täter ein Ende zu setzen“, das ist, so formuliert es das Römische Statut, das Ziel, das seitdem verfolgt wird.

Heute, 20 Jahre nach der Unterzeichnung des Römischen Statuts, hat – trotz aller Probleme, denen wir ins Auge schauen müssen – das Völkerstrafrecht, wie ich finde, viel erreicht. Ich denke an die wegweisenden Urteile des Internationalen Strafgerichtshofes und der Sonderstrafgerichtshöfe etwa für Jugoslawien und Ruanda. Und erst im August hat das Sondertribunal für den Libanon ein wichtiges Urteil zu dem tödlichen Anschlag auf den ehemaligen Ministerpräsidenten al-Hariri gesprochen.

Aber gleichzeitig – das darf nicht unerwähnt bleiben – erleben wir viele schmerzhaft Rückschritte. Regierungen, bewaffnete Gruppen, Terroristen treten die Men-